
WIRTSCHAFTSREFORM IN POLEN

Rezension von: Piotr Pysz,
Wirtschaftsreform in Polen. Der
Entwurf aus der Hochschule für
Planung und Statistik 1980,
Dokumentation Ostmitteleuropa,
Neue Folge, Jg. 9, Dezember 1983,
Heft 5/6, Verlag J. G. Herder-Institut,
Marburg 1983, 141 Seiten

Reformdiskussionen in Osteuropa sind immer auch für den westlichen Ökonomen und im speziellen für den Wirtschaftssystemanalytiker von beträchtlichem Interesse, zeigen sie doch grundsätzliche Probleme des „Realsozialismus“, aber auch – durch ihre Suche nach einem „dritten Weg“ – des Kapitalismus auf. Die *polnischen Reformdiskussion* der Jahre 1980/81 zeigte dies erneut. Man erinnert sich: Damals wurden in Polen fünf Konzepte von Hochschulinstituten und ähnlichen Gremien ausgearbeitet, schließlich ergänzt durch ein sechstes Konzept aus der Feder einer Regierungskommission (vgl. Kosta, J., *Wirtschaftsreformen und Entscheidungspartizipation in Osteuropa: Das Beispiel Polens und der Tschechoslowakei*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* Heft 3, 1981, 289-303). Schwerpunkte der Diskussion stellten einerseits das Regierungskonzept, andererseits die viel weitergehenden Vorschläge einer Autorengruppe aus der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau dar. Letztere wurden bekannt – nach dem polnischen Namen der Hochschule – als SGPiS-Konzept oder – nach dem Arbeitsgruppenleiter – als Entwurf der Gruppe Balcerowicz. Autor und Herausgeber der vorliegenden Publikation ist zu danken, daß das Konzept nun erstmals in einer voll-

ständigen deutschen Übersetzung vorliegt.

Neben den inhaltlichen Aspekten gewinnt die Übersetzung zusätzlich durch die Person des Übersetzers: Dr. Piotr Pysz, ein Ökonom aus Gleiwitz und Warschau, war einer der elf Mitglieder der Arbeitsgruppe Balcerowicz und lebt seit 1982 in der Bundesrepublik. Er leitet seine Übersetzung mit einer interessanten, auf Insider-Wissen beruhenden Schilderung der historischen und ideenmäßigen Umstände des Konzepts ein.

Dieser Einleitung entnimmt man, daß die Arbeit der Gruppe 1978 vom Leiter eines Instituts beim ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei angeregt wurde und daß dahinter wahrscheinlich „eine in der Staatshierarchie noch viel höher eingestufte Stelle (stand), die nach Auswegen aus der allmählich immer sichtbarer werdenden Krise der polnischen Volkswirtschaft und Gesellschaft suchte“ (S. 17). Zwar lag das SGPiS-Konzept durchaus im Rahmen der damaligen breiten reformerischen Strömung, die entstehenden freien Gewerkschaften sind sogar im Entwurf explizit erwähnt. „Trotzdem hatte die SGPiS-Autorengruppe mit der polnischen politischen Opposition in diesem Zeitraum nichts zu tun.“ Sie war eher eine „informelle Beratungsstelle einiger Teile des regierenden Establishments“ (S. 16), weshalb die Kompromißlosigkeit der SGPiS-Vorschläge erstaunlich ist. Im November 1980 wurde das Konzept veröffentlicht, wobei es von der Öffentlichkeit, die sich damals in einer „einzigartigen Aufbruchstimmung“ befand, sehr positiv aufgenommen wurde. Im Jahre 1981 arbeitete die Gruppe ein vollständiges Konzept für die Einführung der Reformen aus, dessen Druck jedoch im Zusammenhang mit der Ausrufung des Kriegsrechts bald gestoppt wurde. Obwohl daraufhin die Reformkonzepte in den Schubladen verschwanden, ist die vorliegende Übersetzung von mehr als „nur“ historischem Interesse:

Die polnischen Bemühungen stehen in einer längeren Tradition schwieriger osteuropäischer Versuche zur Wirtschaftsreform. Während die Reformmodelle in Jugoslawien und Ungarn allmählich weiterentwickelt werden, wurden die tschechischen Reformen bereits in der Einführungsphase 1968 abgewürgt, und die polnischen Vorschläge kamen nie über die Diskussionsphase hinaus. Obwohl zahlreiche, teils substantielle Unterschiede zwischen den Reformmodellen in diesen vier Ländern bestehen, so handelt es sich doch immer wieder um Varianten des Themas „Sozialistische Marktwirtschaft“, um einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und „Realsozialismus“.

Die meisten entsprechenden Reformkonzepte – auch das hier besprochene – sehen den Markt mit mindestens teilweise freien Preisen als Allokationsmechanismus vor, sie fordern relativ unabhängige, sich selbst finanzierende Unternehmen, an denen die Mitarbeiter in stärkerer oder schwächerer Form beteiligt sind, sowie eine Form von nicht-direktiver staatlicher Planung (teils auch Planung „von unten“). Alle diese Modelle bezeichnen sich in dem Sinne als „sozialistisch“, als mindestens die größeren Unternehmen nicht in Privatbesitz übergehen, sondern eher Ansätze in Richtung von Selbstverwaltung vorsehen. Das SPGiS-Konzept nennt zudem in politischer Hinsicht Veränderungen, die als Voraussetzung der Reform bezeichnet werden: Die Demokratisierungstendenz verlangt nicht nur eine stärkere Beteiligung von Volk und Sejm (Parlament), sondern auch die Beseitigung des „Einflusses des Parteiapparats auf die laufende Wirtschaftsführung“ (S. 29). Gefordert werden „Veränderungen im gesamten System der Machtausübung im Lande“ (S. 71).

Der Inhalt des polnischen Konzepts ist ein genaues Studium wert, da es sich um ein komplex ausgearbeitetes Modell mit modernem Gedankengut

138-elt. Nach einer kurzen Beschreibung der katastrophalen Lage des polnischen Wirtschaftssystems werden detailliert die erstrebten funktionalen und organisatorischen Änderungen bei den zentralen Organen, den Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen, dem Bankensystem und den regionalen Regierungsorganen beschrieben. Angelpunkt der Reform soll das Ersetzen des „Befehls-Zuteilungs-Mechanismus“ durch „direkte Vertragsbeziehungen zwischen den Anbietern und den Nachfragern“ sein (S. 23 ff. und S. 47 ff.). Ein zweiter Teil ist der „Strategie zur Einführung der Wirtschaftsreform“ (S. 124 ff.) gewidmet, innerhalb der dafür plädiert wird, nicht auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation durch konventionelle Methoden zu warten, sondern die Wirtschaftsreform nach einer minimal nötigen Vorbereitungszeit sofort einzuführen und mit ihrer Hilfe beispielsweise zu Effizienzsteigerungen und einer besseren Versorgungslage zu gelangen. Nebst dem Einbau von besonderen „Sicherungen“ würde dies auch eine „ganzheitliche und zeitlich stark konzentrierte Reform“ (S. 124) erfordern.

Die Formulierungen sind für eine osteuropäische Veröffentlichung im Bereich von Wirtschaft und Politik ungewohnt klar und offen. Keine ideologischen „Pflichtübungen“, keine verklausulierten zaghaften Hinweise, sondern relativ schonungslose Darstellung von Mängeln und Verbesserungsmöglichkeiten. Angenehm wirkt sich die teils erstaunlich genaue Kenntnis der westlichen, „bürgerlichen“ Oekonomie durch die osteuropäische Autoren aus. Sie erhöht Verständlichkeit und Vergleichbarkeit der Vorschläge. Interessant auch, daß hierzulande brennende Probleme wie Verbesserung der (immateriellen) Lebensqualität oder Umweltschutz auch in Polen als echte Bedürfnisse formuliert werden, obwohl die rein materielle Versorgung noch keineswegs zufriedenstellend ist. So werden unter

dem Stichwort „gesellschaftliche Adäquanz“ u. a. die „Unterordnung der wirtschaftlichen Entwicklung unter das Ziel der Lebensqualität“ (S. 32) oder „progressive Steuern für die Emission umweltschädlicher Stoffe“ (S. 52) gefordert.

Gewiß enthält das Konzept der SGPiS-Gruppe Elemente, die vor dem Hintergrund westlicher Erfahrung verbesserungsfähig sind (so z. B. das

Problem der Monopolisierung). Aber auch damit verdeutlicht die Arbeit von Pysz wieder einmal sehr eindrücklich, wie wichtig die Diskussion über die Gestaltung von Wirtschaftssystemen ist, und zwar keineswegs nur für die Staaten des Ostblocks – wenn auch dort der Problemdruck sicher stärker ist – sondern auch für unsere westlichen Systeme.

René Höltschi